

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Rieser Tageblatt
Gemeine Nr. 22
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Groschenheim, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort
Dresden 1929
Verleger
Rieser Nr. 22

Nr. 128.

Mittwoch, 5. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends $\frac{1}{2}$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezogene für die Nummer der Ausgabe sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 22 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag. Jede Zeile. Umkleerichtiger Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorräumlich durch die eingetragenen Verleger oder die Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdrucke von Anzeigen werden nur gegen Zahlung der Anzeigergebühren und der Beförderungsgebühren an den Verleger oder den Beförderungsstellen — bei der Beförderung keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Abdrucke oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen sind im Voraus zu zahlen. Redaktion: Friedrich Hübnermann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Zwangsarbeit u. internationales Arbeitsamt.

Im internationalen Arbeitsamt hat es über die Ausdrücke über die Zwangsarbeit in den Kolonialgebieten einen Tumult gegeben, der kulturhistorisch ebenso interessant ist wie politisch. Es gehörte zu den niederträchtigen Propagandamitteln während des Krieges, die deutsche Kolonialverwaltung herunterzureißen, um den Boden für die Annektionspolitik der Entente zu bereiten. Wenn man schließlich auch nicht wagte, diese Annektionen fürzuhalten, so sollten sie doch wenigstens durch die Verwahrung der sogenannten Mandate erloschen. So ändert sich nichts an der Sache. England und Frankreich, die sich die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien haben übertragen lassen, beschönigen auch diese Verwahrung mit bewussten Fälschungen über deutsche Koloniale Unfähigkeit und Rohheit und über das höhere Recht der angeblich humaneren Siegerländer. Man verleiht aber, daß in Britisch-Indien der vor Jahren eingeführte Jahn-Standtag auch heute noch einfach durch schlagende Uhren illusorisch gemacht wird. Man weiß, was die 300 000 Plantagenarbeiter in Indonesien als Leibeigene anzuhalten haben. In Schanghai werden alle Strafen mit Vorliebe in Form von Strafstrafen verhängt, weil man auf diese Weise Löhne spart und die Strafstrafen werden mit Ketten aneinander gefesselt. Der Bau einer Eisenbahnlinie im französischen Tonkinesegebiet hat 25 000 Regern das Leben gekostet, weil man sie statt der lebenden Maschinen gebrauchte und bis zum letzten Atemzuge brutal ausbeutete. Man sollte meinen, daß gerade dem internationalen Arbeitsamt daran gelegen sein müßte, von solchen ungelieblichen Mißständen zu hören, um etwas für deren Abstellung tun zu können. Aber da mußte es freilich schon bedenklich stimmen, daß in dem sogenannten offiziellen Gebrauch des internationalen Arbeitsamtes nichts von all diesen Unmenslichkeiten enthalten war. Die Denkschrift ist im großen und ganzen im Sinne der englischen und französischen Arbeitgeber gehalten und will es vor allem auch mit den zuständigen Regierungen nicht verderben. Man erklärt die Zwangsarbeit angesichts der unverbesserlichen Faulheit der Eingeborenen für unvermeidlich und gibt ihr lieber den beschönigenden Namen „Pflichtarbeit“. In der Konventionskonferenz beständmüßigen denn auch die Anhänger der Zwangsarbeit beziehungsweise das Arbeitsamt und seinen Direktor, Herrn Albert Thomas, zu dem Bericht und zu den in den Kolonien angeblich erzielten Erfolgen. Die Vertreter Indiens und Japans waren empört. Der deutsche Vertreter, Furzwängler, ein Gewerkschafter, der die in Frage kommenden Verhältnisse durch seine ausgeübten Reisen aus eigenem Augenblick kennen gelernt hat, konnte erschütternde Tatsachen mitteilen. Das führte bei Herrn Albert Thomas eine wahre Explosion herbei, so daß er völlig die Herrschaft über seine Nerven verlor, mit unauflösbaren Zwischenrufen die Ausführungen Furzwänglers unterbrach und ihm schließlich das Weiterreden verbot. Diese traurige Szene dürfte voraussichtlich noch lange nachwirken und in weiten Kreisen außerhalb Deutschlands Vertrauen zum internationalen Arbeitsamt erheblich erschüttern. Wenn man Herrn Albert Thomas schon oft vorgeworfen hat, daß er sich viel mehr als Vertrauensmann der Entente-Regierungen wie als Vertrauensmann der Arbeiterwelt der Welt fühle, so hat er dieser Auffassung durch sein Verhalten bei der Aussprache über die Zwangsarbeit reichlich neue Nahrung zugeführt. Die Wahrheit über die Zustände in englischen und französischen Kolonialgebieten wird sich aber trotz Herrn Albert Thomas und trotz aller schönen Graubücher des internationalen Arbeitsamtes auf die Dauer doch nicht verbergen lassen.

Eintreffen der deutschen Delegation in Madrid.

Madrid. Staatssekretär von Schubert ist gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Basler Schnellzug pünktlich 8.35 Uhr in Madrid angekommen. Mit ihm eingetroffen sind Ministerialdirektor Gaus, Gesandter Fröhlich, Geheimrat Freiberger von Weisfelder und einige andre der deutschen Delegation ausgeteilte Beamte. Das spanische Staatsmitglied, Vorkämpfer Quinones de Leon, hatte sich mit verschiedenen leitenden Beamten des spanischen Außenamts zur Begrüßung am Bahnhof eingefunden. Der deutsche Vorkämpfer Graf Welser war der deutschen Delegation bis Toledo entgegengefahren.

Die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten.

Genf. Die gestrige Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz war einer allgemeinen Aussprache über die internationale Regelung der Arbeitszeit der Angestellten gewidmet. Sowohl die Vertreter der sozialistischen Organisationen wie auch die Delegierten der christlichen und anderer Verbände trafen für eine internationale Regelung ein. Dabei wiesen sie auf die große Wichtigkeit der Handelsbetriebe hin, die in zahlreichen vorkäuflichen zu Großbetrieben anwachsen. Auch der Geschäftsführer des Bundes der schweizerischen Angestellten und Beamten Deutschlands, Dr. Ostermann, vertrat nachdrücklich den Standpunkt eines internationalen Rechts der

Völlige Einigung in Paris.

Belgien nimmt die deutschen Markvorschlüge an.

Die Frage der belgischen Markbanknoten geregelt.

Paris. (Funkpr.) Die Frage der belgischen Markbanknoten ist gestern geregelt worden und zwar auf der Grundlage der Vorschläge, die Reichsbankpräsident Schacht am 3. 6. in dem bereits veröffentlichten Brief an den Vorsitzenden der Reparationskonferenz Owen Young gemacht hat. Die deutsche Delegation hat gestern im Namen der Reichsregierung die Erklärung abgegeben, daß der Bevollmächtigte für diese Angelegenheit, Ministerialdirektor Dr. Ritter, bereit ist, die Verhandlungen mit einem beglaubigten Vertreter der belgischen Regierung aufzunehmen und daß diese Verhandlungen entweder in Paris oder Brüssel stattfinden sollen. Es handelt sich um rein finanzielle Verhandlungen, in deren Verlauf selbstverständlich territoriale Fragen nicht aufgeworfen werden können. Ferner ist bestimmt worden, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen vor der Intraffektung des Young-Planes zum Abschluß gebracht werden sollen und daß die Regelung aus dahin gehen könne, die Entschädigungszahlungen in Annuitäten in Anlehnung an das Zahlungsschema des Young-Planes festzusetzen. Durch diese gestern nachmittag erfolgte Einigung ist das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt, so daß der Unterzeichnung des Berichtes der Sachverständigen nunmehr nichts mehr im Wege steht.

Unterzeichnung am Freitag?

Ueber die am Dienstag vormittag unter den alliierten Sachverständigen in der belgischen Markfrage erfolgte Einigung gibt der „Tempo“ folgende halbamtliche Darstellung: Es wurde beschlossen, spätestens am Freitag die gemeinsame Unterzeichnung des Berichtes unter folgenden Bedingungen vorzunehmen, die im Laufe des Nachmittags von dem Vorsitzenden Owen Young Dr. Schacht überreicht worden sind und die, wie der „Tempo“ annimmt, kaum noch Schwierigkeiten hervorrufen dürften:

1. Die belgische Sachverständigengruppe erhält die Versicherung, daß die Beziehungen mit Deutschland über die Entschädigung für die Belagungen mit unverzüglich beginnen werden, d. h. sobald Ministerialdirektor Dr. Ritter in der Lage sein wird, Berlin zu verlassen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.
2. Die Frage einer Gebietsänderung darf während dieser Verhandlungen nicht angeschnitten werden.
3. Belgien wird dieselben Garantien erhalten, die ihm eine vorhergehende Unterschrift eines Abkommens in der Markfrage gewährt hätte, d. h. Belgien soll bezüglich der von ihm geforderten finanziellen Genugtuung insofern Sicherheit erhalten, als der Dawesplan über den 1. September hinaus in Kraft bleibt, wenn eine deutsch-belgische Einigung bis zu diesem Termin nicht erzielt ist.

Bankett zu Ehren der deutschen Sachverständigen.

Paris. Die Vereinigung der Korrespondenten deutscher Zeitungen in Paris veranstaltete gestern abend, also zu einer Zeit, da die Beendigung der Arbeiten der Reparationskonferenz unmittelbar bevorstand, zu Ehren der deutschen Delegation ein Essen, an dem u. a. der deutsche Vorkämpfer von Gisch, Vorkämpfer Dr. Ritter und andere Mitglieder der Delegation, der Vorsitzende der Kriegslakenkommission, Dr. Stuppel, und einige unmittelbare Mitarbeiter der Delegierten, teilnahmen. Der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Stahl, dankte den Delegierten für die mühsame und schwierige Aufgabe, die sie durchgeführt haben. Diefem Dank schloß sich Vorkämpfer von Gisch an Reichsbankpräsident Dr. Schacht hob in seiner Rede hervor, daß die Vertreter der deutschen Delegation in Paris, trotzdem sie vielleicht nicht alles gebilligt haben, was seitens der Delegierten gelehrt sei, der Lösung eines Problems im höheren Interesse der allgemeinen Verständigung und des Friedens ihre wirkungsvolle Unterstützung geliehen hatten.

Sabib Uah in Kandahar eingezogen.

Konstantinopel. (Telunion.) Wie aus Angora gemeldet wird, haben die Truppen Sabib Uah in der Nacht vom 2. zum 3. Juni ohne Kampf die A. Residenz Aman Uah, Kandahar, besetzt. An dem ehemaligen Schloß Aman Uah wurde die Flagge Sabib Uahs gehißt. Die Truppen Aman Uahs ließen in der Stadt eine größere Menge Kriegsmaterial zurück. Das Schicksal der Königin-Mutter, die in Kandahar anständig war, ist noch nicht bekannt. Durch diese Besetzung steigt das politische Gewicht Sabib Uahs, der keine Nebenregenten mehr zu befürchten hat.